

Petropoulou, Chryssanthi 2014: Crisis, Right to the City Movements and the Question of Spontaneity: Athens and Mexico City. In: City. Analysis of urban trends, culture, theory, policy, action, Jg. 18, Heft 4-5, 563-572.

Petropoulou, Chryssanthi 2013: Alternative Networks of Collectivities and Solidarity-Cooperative Economy in Greek Cities. Exploring their Theoretical Origins. In: Journal of Regional Socio-Economic Issues, Jg. 3, Heft 2, 61-86.

Rakopoulos, Theodoros 2014a: Resonance of Solidarity: Meanings of a Local Concept in Anti-austerity Greece. In: Journal of Modern Greek Studies, Jg. 32, Heft 2, 313-337.

Rakopoulos, Theodoros 2014b: The Crisis Seen from Below, Within, and Against. From Solidarity Economy to Food Distribution Cooperatives in Greece. In: Dialectical anthropology, Jg. 38, Heft 2, 189-207.

Rozakou, Katerina 2011: The Pitfalls of Volunteerism: The Production of the New, European Citizen in Greece. <http://eipcp.net/policies/rozakou/en>. [12.01.2016].

Sotiropoulos, Dimitri 2014: Civil Society in Greece in the Wake of the Economic Crisis.

Athen: Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP)/Konrad-Adenauer-Stiftung.

Sotiropoulos, Dimitri/Bourikos, Dimitris 2014: Economic Crisis, Social Solidarity and the Voluntary Sector in Greece. ELIAMEP CO Research Papers. Athen: Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP)/Crisis Observatory.

Sotiropoulou, Irene 2012: Exchange Networks and Parallel Currencies. Theoretical Approaches and the Case of Greece. Rethymno: University of Crete.

Theodorikakou, Olga/Alamanou, Alexandra/Katsadoros, Kyriakos 2013: „Neo-homelessness“ and the Greek Crisis. In: European Journal of Homelessness, Jg. 7, Heft 2, 203-210.

Vathakou Eugenia 2015: Citizens' Solidarity Initiatives in Greece during the Financial Crisis. In: Huliaras, Asteris/Clark, Jennifer/Sotiropoulos, Dimitri (Hg.): Austerity and the Third Sector in Greece. Civil Society at the European Front Line. Farnham/Surrey: Ashgate, 167-192.

Syriza, Podemos und die Anti-Austeritäts-Mobilisierungen

Bewegungen und Parteien in Zeiten der Krise

Hara Kouki/Joseba Fernandez Gonzalez

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat vor allem im Süden Europas eingeschlagen, wo die Austeritätspolitik der internationalen und europäischen Institutionen, die von den nationalstaatlichen Regierungen übernommen wurde, massive Proteste hervorgerufen hat. Die Anti-Austeritäts-Mobilisierung in Griechenland und die *Indignados* auf den Plätzen Spaniens forderten die traditionellen politischen Parteien und Institutionen der repräsentativen Demo-

kratie heraus, indem sie Hunderttausende auf die Straße brachten. Bald wurde die linke Syriza zur regierenden Partei Griechenlands und in Spanien entstand mit Podemos eine echte Alternative zum traditionellen Zweiparteiensystem: Beide Parteien fechten inländische und europäische politische Eliten an, pflegen einen Diskurs gegen die vorherrschende Austeritätspolitik und eine Agenda, die die Verärgerung der breiten Massen artikuliert. Inwieweit sind

diese Parteien mit den überwältigenden Protestwellen in den beiden Ländern verknüpft?¹

Aufgrund der Umwälzungen im Süden Europas sind die Grenzen zwischen Protest und Parteipolitik aufgeweicht und die Beziehungen, die sich zwischen institutionalisierten und nicht-institutionalisierten Partizipationsformen entwickelt haben, werden komplexer. Dieser Artikel ist eine vorläufige Studie zur Frage, inwieweit die Beziehungen von Syriza und Podemos zu den sozialen Bewegungen in dieser ‚entscheidenden Phase‘ (*critical juncture*) strukturelle Veränderungen und politische Neuausrichtungen voranbringen (Roberts 2014). Wir nähern uns diesen an als ‚Bewegungsparteien‘ (*movement parties*) (Kitschelt 2006) – also als ein ‚work in progress‘ und ein vorübergehendes Phänomen, das die Dynamiken zwischen sozialen Bewegungen und politischen Parteien widerspiegelt.

Auf den ersten Blick scheint es so, als wären beide Parteien aufgrund ihrer Verbindungen zur widerständigen politischen Kultur der krisenbetroffenen Jahre in Griechenland und Spanien aufgestiegen. Jedoch sollte sich eine vergleichende Analyse nicht nur auf diese offensichtliche Gemeinsamkeit der beiden konzentrieren. Eine kurze Einführung stellt den kontextuellen Hintergrund beider Fälle und eine Darstellung diverser Mobilisierungen, wie sie sich in beiden Ländern während der Krise entfaltet haben, dar. Bei unserem Versuch, die Art und Weise, wie beide Parteien durch die sozialen Bewegungen beeinflusst wurden, zu entschlüsseln, greifen wir zwei wichtige Konvergenzen zwischen Syriza und Podemos auf: Parteiorganisation und Framing.² Im Hauptteil dieses Artikels nehmen wir die Perspektive der Parteien ein und untersuchen einerseits, wie sie alternative Krisennarrative bereitstellen, die die anerkannten Erklärungen der großen Parteien und Medienkonglomerate herausfordern. Darüber hinaus betrachten wir die Organisationsstrukturen der Parteien und deren interne Arbeitsweisen. Im letzten Teil skizzieren wir einige einleitende Gedanken zum Verhältnis zwischen Parteien und Bewegungen in der Krise in beiden Fällen. Dieser Artikel

ist das Ergebnis von Sekundärforschung und Feldarbeit. Unsere Analyse basiert auf akademischen Studien, Parteidokumenten und einer Reihe halbstrukturierter Interviews mit Parteimitgliedern und AktivistInnen in Griechenland und Spanien.³

1 | Kontext: Neuartige Parteien in Griechenland und Spanien

Die Entstehung von Podemos und der Aufstieg von Syriza zur politischen Macht vollzogen sich in einem bestimmten historischen Kontext in Südeuropa, der eine doppelte (wirtschaftliche und politische), bereits bestehende Krise in beiden Ländern mit den Verwerfungen der globalen Krise des neoliberalen Kapitalismus zusammenbrachte (siehe unter anderem das Editorial in diesem Heft). Diese mehrdimensionale Krise mit ihren brutalen sozialen Auswirkungen löste eine Welle intensiver Mobilisierung aus, was zum Zusammenbruch der Parteiensysteme und zur Marginalisierung der traditionellen sozialdemokratischen Parteien (PSOE und PASOK) in beiden Ländern beitrug. Es scheint daher, dass sowohl die Entstehung von Podemos und der Wahlsieg Syrizas teilweise Nebenprodukte dieser Protestwelle sind, da es ihnen gelang, im Wahlkampf die Hauptforderungen der Anti-Austeritäts-Mobilisierung zu artikulieren. Jedoch ist dieses kausale Narrativ, wie wir argumentieren, keineswegs gradlinig, da die Beziehungen zwischen diesen Parteien und den sozialen Bewegungen mindestens kontrovers sind.

1.1 | Parteien fordern das Parteiensystem heraus

Griechenland

Die Haushaltskürzungen, die in Griechenland durch die sogenannte Troika (Internationaler Währungsfond, Europäische Zentralbank und Europäische Kommission) koordiniert wurden, mündeten in die dramatischste Rezession in einer etablierten Demokratie in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Laut Experten der Vereinten Nationen (UNO) und

der Europäischen Union (EU) lösten die in dem Land durchgesetzten Rettungspakete in der griechischen Gesellschaft eine humanitäre Krise aus.⁴ In diesen Jahren wandelte sich der seit langem existierende politische Zynismus vor allem in der jüngeren Generation zu einer Aggression gegenüber den politischen Eliten, verbunden mit einer breiten Delegitimierung nationaler und europäischer Institutionen und der repräsentativen Demokratie insgesamt (Teperoglou/Tsatsanis 2014). Die totale Neuausrichtung des Parteiensystems mit dem Machtaufstieg der linken Syriza 2015 wird als Folge dieser sozioökonomischen und politischen Krise verstanden.

Seit dem Übergang zur Demokratie 1974 wurde Griechenland von nur zwei etablierten Parteien regiert, der Neuen Demokratie (ND), vermeintlich mitte-rechts stehend, und der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK), mitte-links orientiert. Die Umfragewerte der Kommunistischen Partei (KKE) fluktuieren seit jeher bei stabilen, jedoch marginalen 10 %. Die euro-kommunistische Sinaspismos (SYN) wurde 1991 gegründet als kleinerer Pol innerhalb der griechischen Linken, die seit jeher um einen Platz im Parlament kämpft (Panayiotakis 2015). 2004 verbündete sich Sinaspismos mit linken und linksradikalen Parteien, Gruppen und Netzwerken, um Syriza zu gründen, die ‚Koalition der radikalen Linken‘, deren Ziel es war, einen politischen Raum zwischen PASOK und KKE zu etablieren und die Jugend und die sozialen Bewegungen anzusprechen. Syriza blieb jedoch lange eine Partei am Rande, der es nicht gelang, das dominante Zweiparteiensystem herauszufordern. Als die Krise Griechenland traf, hatten sich ND und PASOK bereits derart dem neoliberalen Mainstream angepasst, dass sie 2011 eine Regierungskoalition formierten, die sich für die von den europäischen Eliten geforderte Austeritätspolitik aussprach. Dieses antagonistische Verhältnis, das zu einem symbiotischen wurde, führte zu einer steilen Abwärtskurve für ND, dem kompletten Kollaps von PASOK (von 44 % in 2009 zu 5 % in den Wahlen 2015) und dem erstmaligen Einzug der rechtsextremen

Partei Goldene Morgenröte ins griechische Parlament. In diesem Kontext stieg Syriza von 4 % (2009) auf 26 % (2014) und erreichte die Machtübernahme 2015 mit 36 % der Stimmen.

Spanien

Die ökonomische Krise in der Eurozone hatte auch auf die spanische Wirtschaft enorme Auswirkungen. Diese Krise wurde in Spanien bald zu einer politischen Krise, die sich auch auf das politische Establishment und das Parteiensystem auswirkte. Der politische Konsens, etabliert durch die ‚Wende‘ zur Demokratie (‚Transición‘) und die spanische Verfassung von 1978, brach zusammen, vor allem seit dem Aufkommen der sogenannten 15M-Bewegung 2011 und der Welle von Anti-Austeritäts-Protesten. Ausgelöst von der ökonomischen und politischen Krise fiel das politische System und das Parteiensystem, das zuvor als stabil galt, in eine tiefe Krise. Dies eröffnete das Feld für neue Diskurse und die Entstehung neuer politischer Möglichkeiten, zusätzlich begünstigt durch fortlaufende Fälle von Korruption in den Institutionen der Monarchie und den zwei zentralen politischen Parteien, der Spanischen Volkspartei (PP), vermeintlich mitte-rechts stehend, und der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE), die dem Spektrum links der Mitte zugeordnet wird. Dies führte zu einem großen Vertrauensverlust gegenüber den zentralen politischen Institutionen des Landes und einer Repräsentationskrise der beiden großen Parteien. In der Zwischenzeit änderte sich das politische Klima und begünstigte das Auftreten von ‚Außenseitern‘ und systemkritischen politischen Akteuren. In diesem Kontext etablierte sich Podemos als eine der Auswirkungen der 15M-Bewegung im Januar 2014 durch die strategische Nutzung der Massenmedien und der charismatischen Figur ihres Anführers, Pablo Iglesias. Das schnelle Wachstum und die Popularität von Podemos schlug sich in dem ersten und überraschenden Wahlerfolg in den Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2014 nieder (knapp 8 %). Dieses Ergebnis vergrößerte das Publikum und erhöhte die Beliebtheit bei den WählerInnen. In den darauffolgenden Mona-

ten nahm Podemos in den Umfragewerten zu und stieg zwischenzeitlich zur stärksten Kraft auf. Obwohl die Partei sich derzeit aufgrund der stark abfallenden Umfragewerte in einer komplizierten Situation befindet, ist Podemos bereits eine gefestigte und etablierte Größe im spanischen Parteiensystem.

1.2 | Soziale Bewegungen fordern die Politik heraus

Griechenland

Als Antwort auf den durch die Troika hervorgerufenen Schock und die Implementierung der Haushaltskürzungen durch die griechische Regierung, entstand in Griechenland eine starke und vielseitige Anti-Austeritäts-Bewegung. In Anbetracht des Mangels an quantitativer Analyse dieser Mobilisierungen, nutzen wir Interviews als primäre Quelle in Kombination mit Sekundärstudien, um eine Zeitachse der Ereignisse zu rekonstruieren. Laut den Angaben unserer Befragten lässt sich diese in zwei Zeiträume unterteilen. Im ersten Zeitraum, der ungefähr von 2010 bis 2012 andauerte, wurde das Land durch viele und massive Generalstreiks, Protestmärsche und konfrontative Proteste lahmgelegt, die auf weitreichende polizeiliche Gewalt stießen (Kousis 2013). Ausbrüche öffentlicher Wut gegen PolitikerInnen, die sich für die Austeritätspolitik aussprachen, konnten nicht länger unter Kontrolle gebracht werden. Die weitverbreitete Ablehnung des politischen Establishments erreichte seinen Höhepunkt in der griechischen Version der spanischen *Indignados* (siehe unten) auf den Plätzen im ganzen Land im Sommer 2011, wo unparteiliche Versammlungen mit Anti-Austeritäts-Demonstrationen fusionierten. Die Wahlen 2012 mündeten dann aber in einer Pro-Austeritäts-Koalition und in einem anschließenden, gefühlten Rückgang der massenhaften Mobilisierung. Das Gefühl war, dass „die Bewegungen besiegt waren“, so einer der AktivistInnen. Von 2012 bis 2015 setzte in der Bewegung eine neue Phase ein, in der lokale, ‚ad hoc‘-Proteste eine symbolische Rolle einnahmen, wie beispielsweise der Protest der entlassenen MitarbeiterInnen

der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt (ERT), die über Nacht aufgelöst wurde, oder der lokale Widerstand gegen eine kanadische Goldbergbaugesellschaft in Skouries in Nordgriechenland. Neben diesen entstand eine vielfältige Solidaritätsbewegung zur Unterstützung bedürftiger und von der Krise stark betroffener Menschen in lokalen Gemeinden im ganzen Land durch soziale Lebensmittelläden und Kliniken, ArbeiterInnenkollektive und MigrantInnenzentren. Während Massenproteste abgenommen haben, steigt seit 2012 die Zahl und Diversifizierung dieser alternativer Formen wirtschaftlicher und politischer Resilienz (siehe Kousis et al. in diesem Heft).

Diese Anti-Austeritätsbewegung hatte einen linken/anti-autoritären Unterton, stammte aber nicht aus einem klar abgesteckten Bereich der Gesellschaft oder aus den Reihen der bereits Mobilisierten (wie Gewerkschaften, linke und anarchistische Gruppen). Stattdessen ging die Teilnahme über ideologische, berufliche und altersbedingte Grenzen hinweg (Karyotis/Rüdiger 2013). ‚Normale‘ BürgerInnen erzeugten eine widerständige politische Praxis, die sich durch hohe Inklusion und Flexibilität auszeichnete und charakterisiert war von Selbstorganisation und Basissolidarität.

Spanien

Die Anti-Austeritätsbewegung in Spanien nimmt Bezug auf die Demonstrationen der *Indignados*, die im Mai 2011 auf den zentralen Plätzen in vielen Städten zu ‚echter Demokratie‘ (‚¡Democracia Real YA!‘) aufriefen und ihre Stimmen gegen die Banken und Finanzmärkte erhoben. Nach Sampedro und Lobera (2014: 72) argumentiert die *Indignados*-Bewegung, dass beide großen Parteien, die sich an der Regierung abwechselten (PP und PSOE), einen praktisch identischen politischen Kurs einschlagen, sobald diese an die Macht kommen. Laut einem der AnführerInnen von Podemos hätte die 15M-Bewegung zudem eine neue politische Identität hervorgebracht, indem sie heterogene und zerstreute Forderungen in einem grundlegenden narrativen Rahmen zusammengebracht hätte, der weite Teile der Bevölkerung

anspricht, indem er einen „Querschnitt mit ideologisch unklaren Grenzen darstellt“ (Errejón 2015: 128, *eigene Übersetzung*). Dieser neue ‚Querschnittsdissent‘ und die Ideologie, die während der Anti-Austeritäts-Proteste entstanden, wurden später in den Kern der sogenannten ‚populistischen Hypothese‘ von Podemos aufgenommen.

Die Ablehnung der politischen Eliten, die Forderungen der Bewegungen mit einzubeziehen, und der darauffolgende Demobilisierungsprozess konstituierten einen Wendepunkt der Bewegung. Diese zweite Phase könnte, laut Subirats (2015: 164), den Wandel eines eher ‚bewegungsartigen‘ prä-15M-Zyklus zu einem post-15M-Zyklus mit einem stärkeren Fokus auf Parteienwettbewerb und Wahlkampf erklären. So profitierte die 15M-Bewegung und später Podemos von der Krise der Parteien und von der Legitimationskrise der Institutionen in dem Sinne, dass die anhaltenden institutionellen Blockaden den Bedarf für eine neue Generation politischer Parteien hervorriefen (Subirats 2015: 166). So entschied sich die Mehrheit der AktivistInnen, ihre Hilfe den basisdemokratischen und den Wahlalternativen, die näher an den Bewegungen waren und sich ab Ende 2013 im Aufstieg befanden, zu widmen (Romanos/Sádaba 2015). Neben ihren Wahlerfolgen haben diese Parteien (hauptsächlich Podemos, aber auch erfolgreiche Kandidaturen in den

Kommunalwahlen in Madrid oder Barcelona) einige Kernforderungen, Repertoires und Framings der Bewegungen in die politischen Institutionen des Landes eingebracht.

2 | Syriza: Eine Randpartei an der Macht

2.1 | Framing der Krise

Als unbeabsichtigtes Ergebnis des Wandels von SYN zu Syriza bildete sich eine Generation von AktivistInnen heraus, die sowohl an internationalen globalisierungskritischen, als auch an inländischen Mobilisierungen teilnahm und die sich mit basisdemokratischem Aktivismus vertraut machte. Als die Krise ausbrach, waren zahlreiche Mitglieder Syrizas bereits normaler Bestandteil fast aller Mobilisierungen, obwohl es dafür keinen offiziellen Entschluss gab. Keiner der großen Proteste war auf Initiative der Parteiführung entstanden. Syriza hat kaum Einfluss auf die breiten Anti-Austeritäts-Bewegungen, wurde aber von diesen gestärkt. Ungeachtet ihrer Präsenz in sozialen Kämpfen, blieb die Partei jedoch relativ marginalisiert, zusammenhangslos und unfähig, das dominante Framing der Austeritätspolitik herauszufordern, demzufolge Anti-Austeritäts-Proteste ein Zeichen von Euroskeptizismus und die Krise auf die Korruption, Klientelismus und Rückständigkeit der griechischen politischen Kultur zurückzuführen waren (Triandafyllidou et al. 2013).



Jedoch fand im Mai 2011 eine Verschiebung statt, als Alexis Tsipras, der damals 36-jährige Anführer der Partei, die Einheit der Linken forderte, um ‚das Land zu regieren‘ (Tsipras 2011). Vom Ziel eines ‚Linksrucks‘, der eine Opposition gegen Neoliberalismus und Zwei-Parteiensystem aufbauen würde, wurde der Schwerpunkt jetzt auf die Gründung einer Koalition gelegt, die etablierte Machtstrukturen und Narrative herausfordern und sogar einen unmittelbaren Machtanspruch stellen würde (Katsampekis 2015). Syriza verstand, dass die Menschen auf der Straße auch gegen linke Parteien als inhärenten Teil eines delegitimierten Systems protestierten und dagegen, dass es aus ihrer Sicht keine Wahlalternativen gab, in einer Zeit verheerender Rezession und großen gesellschaftlichen Widerstands. Indem er Hoffnung gab, auf die Würde des griechischen Volkes verwies und zu Veränderung aufrief, rüttelte Tsipras’ Aufruf an den Spielregeln der politischen Eliten und formte Syriza von einer protest- hin zu einer (Regierungs-) machtorientierten Partei. Syriza rief nicht mehr ‚die Jugend‘, ‚die Bewegungen‘ oder ‚die griechischen Bürger‘ auf, sondern richtete einen universellen Aufruf an ‚das Volk‘ (Katsampekis 2015). Der Diskurs der Partei organisierte sich um den Antagonismus zwischen ‚uns – dem Volk – als den von der Krise und der Austeritätspolitik betroffenen Menschen‘ und ‚denen, im politischen Establishment, die für die Krise verantwortlich und von den internationalen Eliten abhängig sind‘ (Stavrakakis/Katsampekis 2013). ‚Das Volk‘ wurde zu einer integrativen und pluralistischen Gemeinschaft, vereint durch „das gemeinsame Anliegen, die Interessen der Bevölkerung zu schützen und progressive Regierungsformen wiederherzustellen“ (Syriza 2012).⁵ Gegen das drohende Dilemma, vor der Austeritätspolitik zu kapitulieren auf der einen Seite versus ‚Grexit‘ auf der anderen Seite, dem sich die griechischen BürgerInnen seit dem Ausbruch der Krise wiederholt ausgesetzt sahen, änderte Syriza die Bedingungen der Debatte: Der Kampf wurde nun zwischen der unfairen Austeritätspolitik versus Anti-Austerität und zwischen

einer neoliberalen EU auf der einen und einem sozialen, auf Solidarität bauenden Europa auf der anderen Seite gefochten. Theoretisch strebt Syriza die Verwirklichung von „Sozialismus als Organisationsform der Gesellschaft“ durch „den Sturz der dominierenden Mächte des Neoliberalismus und der Memoranden, der Mächte der sozialen Zerstörung“ an (Syriza 2014). Praktisch jedoch waren die Lösungsvorschläge der Partei weit davon entfernt, eine linksradikale Strategie darzustellen, und eher die einer moderaten sozialdemokratischen Partei. Im Kern bestand diese Agenda darin, die Staatsschulden neu zu verhandeln, Löhne und Renten auf ihren früheren Stand wiederherzustellen, Arbeitsplätze zurückzugewinnen und die Reichen zu besteuern (Syriza 2014). In jedem Fall bot Syriza den Protesten gegen die Memoranden ein alternatives, schlüssiges Narrativ der Krise und somit ein organisiertes politisches Sprachrohr und eine parlamentarische Repräsentation.

2.2 | Organisierung in Zeiten der Krise

Bezüglich der Organisationsstruktur fungierte Syriza von 2004 bis 2012 als auf einem Konsensprozess basierende Koalition autonomer Organisationen, die sich in ihrem Gründungskongress 2013 in eine einheitliche politische Partei wandelte, eine Partei ‚seiner Mitglieder‘, die dazu aufrief, ihre vielen Strömungen und Fraktionen aufzulösen. Örtliche Ableger – der angebliche Kern der Partei – sind souverän und autonom. Mitglieder werden dazu angeregt, direkt an Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Ihre interne Organisierung jedoch ist pyramidenartig: Örtliche Sektionen wählen RepräsentantInnen für die regionalen Kongresse und für den Kongress, der das ‚hohe Organ‘ der Partei darstellt und alle drei Jahre stattfindet. Dieser wählt den/die ParteipräsidentIn, das zentrale politische Komitee, als höchstes politisches Organ, das politische Sekretariat und seine/n SekretärIn, welche politische Aktionen koordiniert.

Die lose Organisierung, welche die Partei anfangs charakterisierte, ermöglichte es Syriza,

zunächst ein breites Netzwerk zu etablieren, das die diversen Strömungen in der Partei und den Bewegungen vereinte (Kanellopoulos/Kostopoulos 2013). Allerdings bevorzugte sie ab 2012 die Nähe zu etablierten Machtstrukturen auf Kosten ihrer Nähe zu diesen Bewegungen. Diese Neuorientierung setzte sich durch, als es keine schlüssige Strategie für einen politischen Paradigmenwechsel gab. Top-Down-Organisationsstrukturen wurden noch hierarchischer, seitdem der Kurs der Partei von ihrer geschlossenen Führungsebene abgestimmt wurde – losgelöst von ihren Mitgliedern und ihrer Wählerschaft und ohne demokratische Teilhabe. Mitglieder haben nicht wirklich ein Mitspracherecht an politischen Entscheidungen, die durch ExpertInnen und höhere Verwaltungsorgane gefällt werden, und im Ergebnis wurden keine neuen Organisationsstrukturen geschaffen, um die veränderten Bedingungen und Bedürfnisse der Menschen widerzuspiegeln. Aus diesem Grund blieben Mitgliederzahlen niedrig, was interessanterweise nicht den guten Umfrageergebnissen der Partei entspricht, vor allem unter der jungen Wählerschaft. Laut unseren Befragten dominierten nach innen gerichtete Konflikte zwischen Gruppierungen der Partei auch noch nach 2013. Hinsichtlich der Organisation und der Entscheidungsstrukturen, scheint Syriza somit Teil des alten Establishments zu bleiben.

3 | Podemos: eine neue Bewegungspartei?

3.1 | Das Framing der Krise

Podemos hat dem Framing und dem politischen Diskurs einen hohen Stellenwert verliehen. Dies ist kein Zufall. Einige der prominenten AnführerInnen der Partei haben die Ideen Antonio Gramscis zu Hegemonie studiert sowie diejenige Form der Diskursanalyse, wie sie von AutorInnen wie Ernesto Laclau oder Chantal Mouffe entwickelt wurde. Darüber hinaus resultierte die praktische Entwicklung dieser Theorien durch die AnführerInnen der Partei in der sogenannten ‚populistischen

Hypothese‘ (siehe unten) und in dem Versuch, einen linken Populismus in Spanien zu schaffen. In diesem Sinn hat sich die Strategie von Podemos in Richtung eines Wandels der politischen Situation durch eine Änderung der hegemonialen Diskurse orientiert. In der Tat war eines der Hauptergebnisse der 15M- und Anti-Austeritäts-Bewegungen die Erschaffung eines alternativen Diskurses hinsichtlich verschiedener krisenspezifischer Themen und der allgemeinen Orientierung wohlfahrtsstaatlicher Politik (Martínez/San Juan 2014).

Der Erfolg der Partei geht unmittelbar auf die erfolgreiche Bezugnahme auf die Mobilisierungswelle in Spanien zurück. Den Anti-Austeritäts-Bewegungen in Spanien gelang es, den ‚gesunden Menschenverstand einer Ära‘ neu zu formulieren (Errejón 2015). Dies bezieht sich auf die diskursive Auslegung von sogenannten ‚geteilten Vorstellungen‘ (Subirat 2015) zu Demokratie, der Krise und Austerität, von denen besonders Podemos profitierte, da hier ein Netzwerk von AktivistInnen, die in diesem besonderen Rahmen politisiert wurden, zusammenkam und da sich Podemos auf eine Wählerschaft stützen konnte, die bereit war neue Optionen dieser ‚geteilten Vorstellungen‘ zu wählen. Laut der Diagnose der Vordenker von Podemos erschuf die politische Krise eine Gelegenheit, einen neuen politischen Diskurs hinsichtlich der Unterstützung einer neuen Mehrheit anzuregen und ein linkes populistisches Projekt in Spanien zu schaffen. Der Rahmenplan ‚*el pueblo versus la casta*‘ (das Volk gegen das Establishment [die Kaste]) formuliert eine klare Abgrenzung zwischen ‚uns – dem Volk‘ und ‚denen‘. Tatsächlich wird durch dieses Framing gesellschaftlicher Dichotomie versucht, die ‚Re-Aktivierung‘ der Menschen, die an den 15M –Mobilisierungen teilgenommen haben, zu erreichen (Stobart 2014).

Podemos hat sich selbst als ‚weder links noch rechts‘ definiert, mit Hilfe eines ähnlichen Framings wie es schon von 15M benutzt wurde (‚die unteren gegen die oberen‘). Auch dieser nicht-ideologische Appell unterscheidet zwischen den normalen Menschen und den

korrupten PolitikerInnen. Podemos präsentiert sich als Garant für die Verteidigung der Rechte des Volkes und als eine Bewegung für die politische Erneuerung gegen die Korruption der traditionellen Parteien. In diesem Sinn gibt es eine diskursive Vorstellungswelt, die zwischen der ‚alten Politik‘ und der ‚neuen Politik‘ unterscheidet. Diese neue Podemos-Politik wird dargestellt als ein Werkzeug, um die partizipatorischen Mechanismen, die öffentliche und soziale Kontrolle über die Institutionen und politischen Parteien zu stärken und die ‚Privilegien‘ der RepräsentantInnen zu beenden. Zusätzlich postulieren Iglesias und seine KollegInnen ein moralistisches Politikverständnis: In einem nationalen Kontext, wo Korruption das zentrale politische Problem darstellt, haben die SprecherInnen von Podemos regelmäßig die ‚Drehüren‘ zwischen Regierungen und den Beiräten und Vorständen großer Firmen verurteilt (Stobart 2014). Auch Podemos‘ Kampagnenbrief kombiniert den 15M-Diskurs der ‚normalen BürgerInnen‘ mit einem demokratischen antikorrupsions- und ‚Regenerierungsstandpunkt‘ (Flesher-Fominaya 2014).

Um die Situation zu ändern und die sozialen und politischen Probleme in Spanien aufzulösen, hat Podemos zudem einen strategischen Mobilisierungsrahmen entwickelt. Eine optimistische Rhetorik sollte aktive Unterstützung und kollektives Engagement fördern und folglich wurde das Framing durch die Begriffe *Hoffnung*, *Begeisterung* und *Veränderung* geprägt. ‚Hoffnung‘ wurde bislang hauptsächlich als Mechanismus verwendet, um genau die Rhetorik des Establishments herauszufordern (Hirschman 1991), und so hat Podemos den Begriff weitgehend als alternatives Narrativ zu dem mit Angst und Krise konnotierten Diskurs verwendet. Zusätzlich kann diese Vorstellung von ‚Hoffnung‘ auch als Vermächtnis der Proteste und des ‚Sí se puede‘ (‚Ja, wir können‘) der sozialen Bewegungen, wie die PAH (Plattform der von Hypotheken Betroffenen; siehe Molina Allende in diesem Heft), verstanden werden.

Die Verbindungen zwischen Podemos und den früheren Anti-Austeritäts-Mobilisierungen

sind auch sichtbar in den offensichtlichen biographischen Kontinuitäten, die es erlauben Podemos als Ergebnis der „politischen Eingliederung eines Bereichs von 15M, genauer eines Bereichs mit mehr politischer Erfahrung“ zu sehen (Calvo/Álvarez 2015). Viele der derzeitigen gewählten RepräsentantInnen waren aktive Mitglieder verschiedener sozialer Bewegungen (soziale Zentren, PAH, Gewerkschaften, Umwelt- und feministische Bewegungen u.a.). Dies spiegelt einen Trend in Richtung einer Kooptionsstrategie mit dem Ziel politischer Legitimierung und WählerInnenunterstützung wider.

Hinsichtlich der programmatischen Manifeste haben einige AutorInnen die Mehrdeutigkeit des politischen Programms hervorgehoben (Politikon 2015: 8): Obwohl Podemos selbst erklärt, außerhalb der klassischen Rechtslinks-Spaltung zu stehen, entwickelte sich ihr politische Programm nach und nach zu einem klassischem sozialdemokratischen Projekt. Beispielsweise ist die sozialpolitische Agenda der Partei auch laut den Aussagen ihrer AnführerInnen stark von der skandinavischen Sozialdemokratie inspiriert. Auf diesem Wege sollten Anschuldigungen gegen Podemos (propagiert von konservativen Massenmedien), sie würde versuchen die ‚bolivarischen‘ und ‚populistischen‘ Regierungsmodelle von Venezuela, Bolivien oder Ecuador nachzuahmen, entkräftet werden. Letztendlich lässt sich eine klare Verschiebung erkennen in dem Sinne, dass Podemos sich von der linksradikalen Programmatik der Wahlen zum EU-Parlament 2014 hin zu einem moderateren Programm im Wahlkampf zu den Regional- und Parlamentswahlen 2015 verlagerte (Rendueles/Sola 2015).

3.2 | Organisation in Zeiten der Krise

Auf Organisationsebene kombiniert Podemos eine partizipative Vision und Rhetorik innerhalb einer vernetzten Struktur, die jedoch stark zentralisiert ist (Rendueles/Sola 2015). Dies ist von einigen AutorInnen als eine Kombination aus Vertikalität und Horizontalität beschrieben worden (Politikon 2015). Einerseits startete

eine Gruppe politischer UnternehmerInnen (Iglesias und seine MitarbeiterInnen) eine Top-Down-Strategie, während sich das Organisationsmodell von Podemos während seiner konstituierenden Versammlung (November 2014) noch auf soziale Medien und digitale Werkzeuge zur Schaffung einer dezentralisierten und partizipativen Organisation stützte. Die stärkere Akzentuierung vertikaler Strukturen spiegelt auch den Personalisierungstrend um die Figur und Anführerschaft von Iglesias wider. Alles in allem gelang es Podemos innerhalb sehr kurzer Zeit, eine einheitliche und komplexe Organisationsstruktur erschaffen, angepasst an die Herausforderungen der Parteiendemokratie und mit der Absicht, die Partei zu einer ‚Maschine für den Wahlkampf‘ zu machen. Im Ergebnis kombiniert das Organisationsmodell von Podemos Teile einer innovativen Bewegungspartei mit klassischen Elementen einer Volkspartei.

4 | Fazit

Die Aufstiege von Syriza und Podemos können zu einem gewissen Grad als Folge der jüngsten Welle sozialer Bewegungen in Griechenland und Spanien betrachtet werden. Die basisdemokratische griechische Anti-Austeritäts-Bewegung und die spanische Mobilisierung für ‚echte Demokratie‘ wurden so massiv und mächtig, dass sie Möglichkeiten für politische ‚Außenseiter‘ über das traditionelle Zweiparteiensystem hinaus schufen. Als Ergebnis wurden beide Parteien durch die Radikalität dieser Proteste gefördert und versuchten, die Evolution und Dynamik der Bewegungen einzufangen und für sich zu nutzen. Die Unterschiede zwischen Syriza und Podemos machen jeglichen Vergleich schwierig. Dennoch offenbart die vorliegende Analyse die Existenz einiger gemeinsamer Elemente zwischen diesen beiden Parteien, die aus dem Erbe der sozialen Kämpfe hervorgingen: die Artikulierung von ‚Hoffnung‘ und ‚gesundem Menschenverstand‘ spiegeln die enorme Distanz zwischen den großen Parteien und der Bevölkerung beider Länder nach

dem Übergang zur Demokratie wider. Beide formulieren zudem einen Appell an ‚das Volk‘ mit Bezug auf eine neue soziale Mehrheit und einen diskursiven linken Populismus gegen ‚die Kaste‘ und ‚die Diktatur der Finanzmärkte‘. Während das Framing beider Parteien den wachsenden Widerstand ausdrückte und die hegemonialen Diskurse herausforderte, war dies nicht der Fall für ihre Organisationsstrukturen, die nicht die Praxis der sozialen Bewegungen wiedergaben und stattdessen eine zunehmende Top-Down-Struktur herausbildeten. Während Syrizas pyramidenartige Struktur auf der Geschichte der Linken und europäischen kommunistischen Traditionen beruht, können wir im Fall von Podemos noch einige innovative partizipative Werkzeuge, die jedoch mit einer hierarchischen Organisationsstruktur kombiniert sind, finden.

Der Wahlerfolg beider Parteien wird im Zusammenhang mit der allmählichen Erschöpfung der Politik der Straße und der jüngsten Abnahme der Bewegungsaktivitäten beider Länder wahrgenommen. Syriza und Podemos sind gleichzeitig Ursache und Konsequenz des Rückgangs traditioneller sozialdemokratischer Parteien in Griechenland und Spanien. Und auch diese neuen Parteien konfrontieren die allumfassende Krise der politischen Institutionen im Süden Europas: Einerseits existiert in der Bevölkerung ein massiver Vertrauensverlust in traditionelle Parteien und Institutionen; andererseits werden ‚normale BürgerInnen‘ zu VertreterInnen des Widerstandes und verändern somit auch die Vorstellungen und Praktiken kollektiver Aktion und politischer Identifikation. In einer Zeit, in der beide Parteien moderater werden, wurde noch kein grundlegendes neues politisches Paradigma vorgebracht, das diesen widersprüchlichen Prozess wiedergeben könnte. Ein Paradigma, das eine wirkliche Alternative zu der erstickenden Realität im Süden Europas darstellen würde.

Dr. Hara Kouki ist Wissenschaftlerin am Center on Social Movement Studies (COSMOS) des European University Institute/Scuo-

la Normale Superiore, Florenz, und arbeitet zum Thema Historisierung der gegenwärtigen sozialen Bewegungen in Südeuropa. Kontakt: hara.kouki@eui.eu.

Dr. Joseba Fernandez Gonzalez ist Wissenschaftler am Center on Social Movement Studies (COSMOS) des European University Institute/Scuola Normale Superiore, Florenz, und arbeitet zu sozialen Bewegungen und Protest. Kontakt: josebafergon@gmail.com.

Aus dem Englischen übersetzt von Sabina Mollenhauer.

Anmerkungen

- ¹ Dieser Artikel ist im Zusammenhang des Forschungsprojekts ‚Mobilizing for Democracy‘, das von Prof. Donatella della Porta geleitet wird, entstanden. Für weitere Informationen siehe: <http://cosmos.eui.eu>.
- ² Frameanalyse ist eine sozialwissenschaftliche Forschungsmethode, die untersucht, wie Individuen Ereignisse wahrnehmen und interpretieren. Siehe Goffman (1974).
- ³ Die Stichprobe der Befragten umfasst hauptsächlich Menschen aus Athen und Madrid mit verschiedenen Partei- und aktivistischen Hintergründen und sozio-demographischen Eigenschaften. Eine Liste der Befragten kann bei den AutorInnen angefragt werden.
- ⁴ Laut dem Präsidenten der griechischen Sektion von ‚Ärzte der Welt‘, siehe <http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/feb/11/greece-humanitarian-crisis-eu> [30.01.2016], sowie der Warnung, die 2014 vom UN-Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) formuliert wurde. Abrufbar unter <http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=13281&LangID=E> [30.01.2016].
- ⁵ In diesem Sinn ist dies kein typischer Fall von rechtem Populismus, ein Begriff der in Griechenland historisch negativ konnotiert ist und Bezug nimmt auf die Verschiebung von PASOK von einer sozialdemokratischen Partei hin zu einem klientelistischen und korrupten Netzwerk.

Literaturverzeichnis

- Calvo, Kerman/Álvarez, Iago* 2015: Limitaciones y exclusiones en la institucionalización de la indignación: del 15-M a Podemos. In: *Revista Española de Sociología*, Jg. 24, 115-122.
- Errejón, Inigo* 2015: We the People. El 15-M: ¿Un Populismo Indignado? In: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies*, Jg. 14, Heft 1, 124-156.
- Flesher-Fominaya, Christina* 2014: ‘Spain is Different’: Podemos and 15-M. <https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/cristina-flesher-fominaya/%E2%80%9Cspain-is-different%E2%80%9D-podemos-and-15-m> [30.01.2016].
- Goffman, Erving* 1974: *Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience*. Harvard: Harvard University Press.
- Hirschman, Albert* 1991: *The Rhetoric of Reaction: Perversity, Futility, Jeopardy*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Kanellopoulos, Kostas/Kostopoulos, Konstantinos* 2013: Alliance Building in the Greek Anti-Austerity Campaign, 2010-12. Beitrag auf der ECPR General Conference in Bordeaux, 3.-7. September 2013. <http://ecpr.eu/filestore/paperproposal/6e60f90c-c040-4312-82de-85cf4e03ce33.pdf> [30.01.2016].
- Karyotis, Georgios/Rüdig, Wolfgang* 2013: Beyond the Usual Suspects: New Participants in Anti-Austerity Protest in Greece. In: *Mobilization: An International Journal*, Jg. 18, Heft 3, 313-330.
- Katsampekis, Giorgos* 2015: The Rise of the Greek Radical Left to Power: Notes on Syriza’s Discourse and Strategy. In: *Linea Sur*, Heft 9, 152-161.
- Kitschelt, Herbert* 2006: *Movement Parties*. In: Kratz, Richard/Crotty, William (Hg.): *Handbook of Party Politics*. London: Sage, 278-290.
- Kousis, Maria* 2013: The Greek Campaign against Memoranda and Austerity Policies. In: *Sociological Review*, Heft 1, 33-41.
- Martínez, Miguel/San Juan, Elena Domingo* 2014: Social and Political Impacts of the 15M Movement in Spain. http://www.miguelangel-martinez.net/ /M15_impacts_v3April_2014.pdf [30.01.2016].

Panayiotakis, Mihalis 2015: The Radical Left in Greece. In: *Socialism and Democracy*, Jg. 29, Heft 3, 325-343.

Politikon 2015: Podemos: La Cuadratura del Círculo. Madrid: Debate.

Rendueles, César/Sola, Jorge 2015: Podemos and the Paradigm Shift. In: *Jacobin Magazine*. <https://www.jacobinmag.com/2015/04/podemos-spain-pablo-iglesias-european-left/>. [30.01.2016].

Roberts, John 2014: *New Media and Public Activism: Neoliberalism, the State and Radical Protest in the Public Sphere*. Bristol: Policy Press.

Romanos, Eduardo/Sádaba, Igor 2015: From the Street to Parliament through the App: Digitally enabled Political Outcomes of the Spanish 15M Movement. Beitrag auf der ESA Midterm Conference 2015 in Madrid, 19.-20. Februar.

Sampedro, Viktor/Lobera, Josep 2014: The Spanish 15-M Movement: a Consensual Dissent? *Journal of Spanish Cultural Studies*, Jg. 15, Heft 1-2, 61-80.

Stavarakakis, Yannis/Katsampekis, Giorgos 2014: Left-wing Populism in the European

Periphery: the Case of SYRIZA. In: *Journal of Political Ideologies*, Jg. 19, Heft 2, 119-142.

Stobart, Luke 2014: Understanding Podemos: 15M and Counter-Politics. <http://left-flank.org/2014/11/05/explaining-podemos-1-15-m-counter-politics/> [30.01.2016].

Subirats, Joan 2015: ¿Desbordar el 'dentro'-'fuera'? In: *Revista Teknokultura*. Jg. 12, Heft 1, 161-168.

Syriza 2012: Electoral Declaration. <http://goo.gl/9gHXoM> [30.01.2016].

Syriza 2014: The Thessaloniki Programme. <http://goo.gl/1CLTbz> [30.01.2016].

Teperoglou, Eftichia/Tsatsanis, Emmanouil 2014: Dealignment, De-legitimation and the Implosion of the Two-Party System in Greece: The Earthquake Election of 6th May 2012. In: *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*, Jg. 24, Heft 2, 222-242.

Triandafyllidou, Anna/Gropas, Ruby/Kouki, Hara (Hg.) 2013: *The Greek Crisis and European Modernity*. New York: Palgrave Macmillan.

Tsipras, Alexis 2011: Statement after the Meeting between Political Leaders. <http://goo.gl/BIFTma> [30.01.2016].

Widerstand gegen Zwangsräumungen in Spanien:

Eine soziale Bewegung in Zeiten politischer Unsicherheit

Ivan Molina Allende

1 | Einleitung

Der spanische Staat befindet sich inmitten einer tiefen politischen Krise, die die Glaubwürdigkeit der vorherrschenden ökonomischen und politischen institutionellen Ordnung infrage stellt. Ein bahnbrechendes Ereignis war der Protest im Mai 2011, als Tausende zusammen mit der 15M/*Indignados*-Bewegung auf die Plätze und Straßen gingen, um gegen das Krisenmanagement zu protestieren und zu

proklamieren: „Sie repräsentieren uns nicht“. 15M dezentralisierte sich, nahm neue Formen an und verwandelte sich in verschiedene Bewegungen, die gegen die Auswirkungen der Austerität protestierten. Dies schuf ein Netzwerk des Widerstandes und der Forderung nach ‚echter Demokratie‘ und sozialen Rechten: die PAH (*Plataforma de Afectados por la Hipoteca* - Plattform der von den Hypotheken Betroffenen), die farbenfrohen *mareas* (Bewegungen zum Schutz der Stadtwerke), lokale